

# ZEW NEWS

Forschungsergebnisse · Veranstaltungen · Veröffentlichungen

April 2018



Forschungsergebnisse

**Soziale Teilhabe von Langzeitarbeitslosen verbessert sich**

Schwerpunkt

**Deutscher M&A-Index fällt weiter**

Nachgefragt

**Sind Fahrverbote für Diesel-Autos ökonomisch sinnvoll?**

Foto: ©istockphoto.com/Drazen\_

## Zukunft der Arbeit – Digitalisierung schafft Jobs, braucht aber gezielte Förderung

Der digitale Wandel schafft mehr Arbeitsplätze, als er zerstört, stellt dabei jedoch Arbeitskräfte und Betriebe vor große Herausforderungen. Damit die deutsche Wirtschaft auch zukünftig wettbewerbsfähig bleibt, ist die Politik gefordert. Zu diesem zentralen Ergebnis kommt ein Projekt zum Thema „Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit“ mit Blick auf den deutschen Arbeitsmarkt, das vom ZEW durchgeführt und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wurde.

Auf Basis einer Betriebsbefragung zum Einsatz neuer digitaler Technologien in deutschen Betrieben sowie einer modellbasierten Abschätzung der relevanten makroökonomischen Wirkungsmechanismen wurde für das Projekt untersucht, wie sich Gesamtbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und Löhne im Zuge der Digitalisierung in Deutschland verändern. Anhand der Ergebnis-

se zeigt das ZEW-Projektteam unter Mitwirkung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Nürnberg, dass die Verbreitung digitaler Technologien in der deutschen Betriebspraxis insgesamt für etwas mehr Beschäftigung sorgt, aber vor allem die Beschäftigungsstruktur stark verändert.

Den Resultaten zufolge nutzt rund die Hälfte der deutschen Betriebe bereits Industrie-4.0-Technologien. Klassische industrielle Produktion wird in diesen Betrieben also bereits mit Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) verzahnt. Der Anteil dieser Technologien an allen Arbeitsmitteln der Betriebe beträgt zwar nur fünf Prozent der Produktions- sowie acht Prozent der Büro- und Kommunikationsmittel. Der Trend der vergangenen Jahre weist jedoch klar darauf hin, dass digitale Technologien in der betrieblichen Praxis zunehmend an Bedeutung gewinnen. Diese jüngsten Technologieinvestitionen haben die

Beschäftigung zwischen den Jahren 2011 und 2016 um etwa ein Prozent erhöht, ein Anstieg von rund 0,2 Prozent pro Jahr. Die Technologien wirken zwar arbeitssparend, sie schaffen aber bisher mehr neue Stellen, als sie ersetzen. Der Gesamtbeschäftigungseffekt ist daher leicht positiv. Vor allem Berufe mit Routine-tätigkeiten verlieren durch digitale Prozesse an Bedeutung, während analytische Berufe wie etwa Softwareentwicklung und interaktive Berufe wie zum Beispiel Human- und Zahnmedizin deutliche Zuwächse verzeichnen können.

### Arbeitskräfte benötigen gezielte Weiterbildung

Im Vergleich zum Gesamtbeschäftigungszuwachs von 8,5 Prozent zwischen 2011 und 2014 fällt der Teil des Zuwachses, der auf neue Technologien zurückzuführen ist, zwar klein aus. Simulationen des ZEW-Projekts für den Zeitraum zwischen 2016 und 2021 zeigen allerdings, dass die geplanten betrieblichen Technologieinvestitionen die Gesamtbeschäftigung um 1,8 Prozent erhöhen werden. Das entspricht einem jährlichen Beschäftigungszuwachs von etwas weniger als 0,4 Prozent pro Jahr.

Aufgrund der insgesamt positiven Beschäftigungseffekte sollen neue Technologien nach Ansicht der Wissenschaftler/innen gezielt gefördert werden. Es zeichnet sich jedoch eine wachsende technologische Kluft in der deutschen Betriebslandschaft ab. Betriebe, die in der Vergangenheit bereits stark in moderne digitale Technologien investiert haben, gehören auch weiterhin zu den Vorreitern, während Nachzügler zusehends ins Hintertreffen

geraten. Dieser Spaltung gilt es gezielt zu begegnen. Daneben zeigt sich, dass Investitionen in digitale Technologien eine steigende Ungleichheit mitverursachen. In erster Linie profitieren Hochlohn-Berufe und -Sektoren in Form höherer Beschäftigungs- und Lohnzugewinne von neuen Technologien, während durchschnittlich und niedrig entlohnte Berufe und Sektoren zurückfallen. Diese Entwicklung wird dem Projektbericht zufolge auch die nächsten fünf Jahre anhalten.

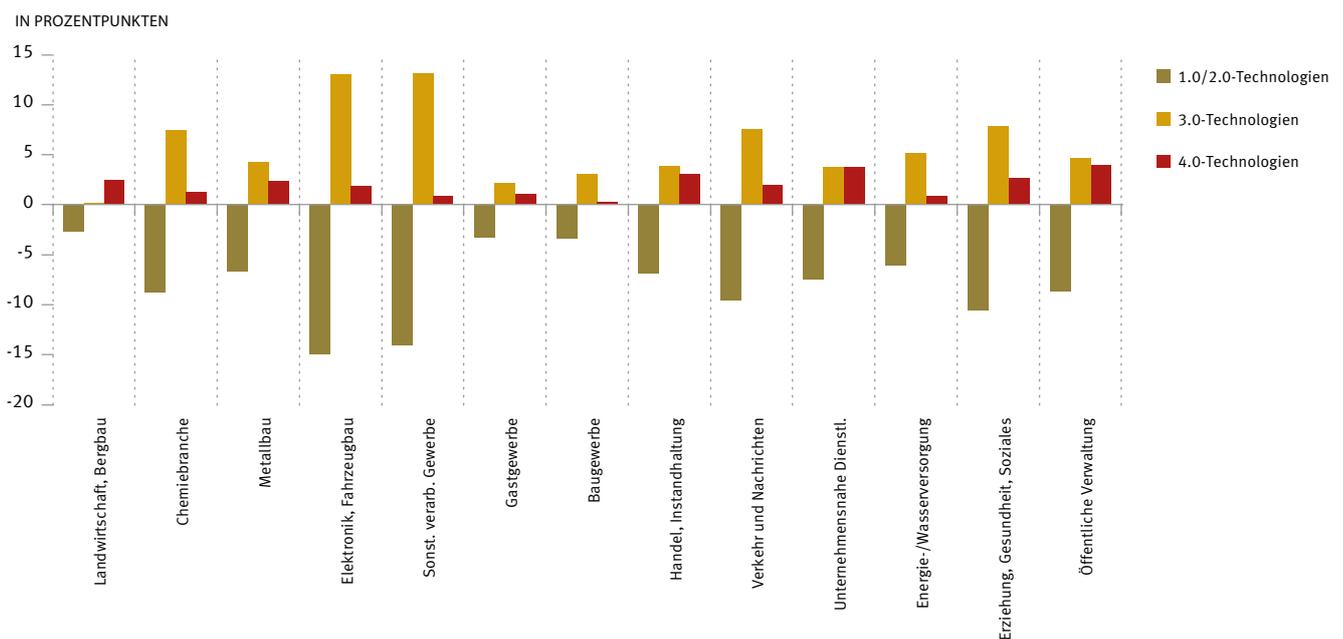
Um dem zu begegnen, besteht die eigentliche Herausforderung von Digitalisierung und Industrie 4.0 darin, die Arbeitskräfte gezielt auf den Arbeitsmarkt der Zukunft vorzubereiten und damit die Möglichkeiten jedes einzelnen zu verbessern, durch einen Wechsel in wachsende Branchen und Berufsfelder vom digitalen Wandel zu profitieren. Dies könnte auch den Fachkräfteengpässen entgegenwirken, die sich beispielsweise in Berufen mit einer Ausrichtung auf interaktive und analytische Tätigkeiten abzeichnen. Daher sollte die Mobilität der Arbeitskräfte zwischen Berufen und Sektoren gefördert werden. Mobilität reduziert Fachkräfteengpässe in wachsenden Segmenten und dämpft die sich verschlechternden Arbeitsmarktaussichten für Arbeitskräfte in schrumpfenden Berufen und Sektoren.

Die Studie findet sich zum Download unter:

<http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/DigitalisierungundZukunftderArbeit2018.pdf>

Dr. Melanie Arntz, melanie.arntz@zew.de  
 Dr. Terry Gregory, terry.gregory@zew.de  
 Dr. Ulrich Zierahn, ulrich.zierahn@zew.de

### VERÄNDERUNG DER ANTEILE DER TECHNOLOGIESTUFEN AM KAPITALSTOCK ZWISCHEN 2011 UND 2016 NACH BRANCHEN



Lesehilfe: Der Automatisierungs- und Digitalisierungsgrad steigt in den jeweiligen Kategorien an. Dies reicht bei Produktionsmitteln von „manuell gesteuerten“ Arbeitsmitteln, wo der Mensch im hohen Maße selbst tätig ist (1.0/2.0-Technologien), über „indirekt gesteuerte“ und „IT-gestützte“ Technologien (3.0-Technologien) bis hin zu „selbststeuern“ Maschinen und Anlagen, wo die Technik Arbeitsprozesse weitestgehend selbstständig und automatisch erledigt (4.0-Technologien).  
 Quelle: ZEW

# Förder-Dilemma kostet Wettbewerbsstärke

Unternehmen mittlerer Größe in Deutschland – sogenannte „Midrange Companies“ – werden sowohl von der Forschungsförderung des Bundes als auch von der Europäischen Union enorm benachteiligt. Zum einen weil der Zugang zu Forschungsförderung fehlt, zum anderen weil die erforderliche Finanzierung weder intern noch extern über den Kapitalmarkt aufzubringen ist. Dieses Förder-Dilemma hat Folgen: Innovationsmöglichkeiten werden verschwendet und Chancen im internationalen Wettbewerb bleiben ungenutzt. Zu diesem Befund kommt eine ZEW-Studie im Auftrag des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA).

In den vergangenen zehn Jahren ist bei Unternehmen mittlerer Größe die Innovationsbeteiligung deutlich zurückgegangen, insbesondere bei Unternehmen mit bis zu 1.000 Beschäftigten. Gleichzeitig ist auch der Anteil der Unternehmen, die in Forschung und Entwicklung (FuE) investieren, geschrumpft.

Untersuchungen belegen allerdings, dass genau die Gruppe von Unternehmen, die bei Innovationsbeteiligung und Engagement in puncto FuE seit Jahren den Rückwärtsgang eingelegt hat, auch bei der Forschungsförderung durch Bund oder EU deutlich schlechter abschneidet. So zeigt die ZEW-Studie, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit 50 bis 249 Beschäftigten, aber vor allem auch Midrange Companies mit bis zu 3.000 Beschäftigten eine signifikant geringere Wahrscheinlichkeit haben, Forschungsförderung durch Bund oder EU zu erhalten als große Unternehmen mit mehr als 3.000 Mitarbeitern/-innen.

Anscheinend passen die Instrumente zur Forschungsförderung nicht zu den Planungswelten und -strukturen mittelgroßer Unternehmen, während ihnen gleichzeitig der Zugriff auf Förderangebote für kleinere Unternehmen verwehrt ist. Dieses Förder-Dilemma ist brisant, denn gerade Midrange Companies tragen mit Arbeitsplätzen und Wertschöpfung wesentlich zur Stärke der deutschen Wirtschaft bei. Ihre unzureichende Berücksichtigung bei Fördermöglichkeiten ist schädlich für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft.

Wie bedeutsam Midrange Companies für die Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland sind, wird am Beispiel des Maschinenbaus deutlich. Hier arbeiten knapp 30 Prozent der mehr als eine Million Beschäftigten in Unternehmen mit 250 bis 1.000 Mitarbeitern/-innen. Der Umsatz in dieser Unternehmensklasse beläuft sich auf jährlich gut 75 Milliarden Euro.

Wie aber könnte die Forschungsförderung gestaltet werden, um gerade Midrange Companies künftig stärker zu beteiligen? Auf nationaler Ebene wäre eine steuerliche Forschungsförderung die beste Möglichkeit, wie sie bereits im Koalitionsvertrag der großen Koalition angedacht ist – bisher allerdings nur mit Konzentration auf KMU.

## Steuerliche Forschungsförderung zahlt sich aus

Für die Studie wurden verschiedene Modelle einer möglichen steuerlichen Forschungsförderung durchgerechnet. Um nicht nur die KMU und Midrange Companies zu erreichen, wäre bei begrenzten Haushaltsmitteln das Modell einer nicht-selektiven, für alle Unternehmen offenen Förderung mit Deckelung am besten geeignet. Unter der Voraussetzung einer Deckelung der steuerlich absetzbaren FuE-Personalaufwendungen bei 20 Millionen Euro und einem Fördersatz von 20 Prozent müsste der deutsche Staat voraussichtlich rund zwei Milliarden Euro pro Jahr investieren. Bei diesem Modell wären zwar bis zum festgesetzten Deckelungsbetrag alle Unternehmen anspruchsberechtigt, allerdings würde der aufgrund des EU-Beihilferechts relevante Vorwurf der Diskriminierung vermieden. Das Modell hätte den Vorteil, weite Teile der Midrange Companies mit signifikanter Hebelwirkung zu erreichen, denn rund 95 Prozent der Unternehmen, die FuE durchführen, haben FuE-Aufwendungen von höchstens 20 Millionen Euro.

Allerdings muss die neue Bundesregierung nicht nur die Frage klären, wer in den Genuss einer steuerlichen Forschungsförderung kommen soll, sondern auch wie diese umgesetzt werden kann. Die Förderung muss klaren Regeln folgen und sollte sowohl für die öffentliche Verwaltung als auch für die zu fördernden Unternehmen praktikabel sein.

Auch wenn eine steuerliche Forschungsförderung den Staat etwas kostet, zahlt sie sich doch aus. So belegen zahlreiche Evaluierungsstudien aus anderen Ländern, dass es sich dabei um ein wirkungsvolles Instrument zur Stimulierung von Forschung und Innovationen in Unternehmen handelt.

Die Studie findet sich zum Download unter:  
<http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/EndberichtVDMAZEWSteuerlicheFuE2018.pdf>

Prof. Dr. Bettina Peters, [bettina.peters@zew.de](mailto:bettina.peters@zew.de)

## INHALT

Zukunft der Arbeit – Digitalisierung schafft Jobs, braucht aber gezielte Förderung .....	1
Förder-Dilemma kostet Wettbewerbsstärke .....	3
Soziale Teilhabe von Langzeitarbeitslosen in Deutschland verbessert sich .....	4
Schwerpunkt M&A-Report .....	5

Nach der Italienwahl: Das Ende der Naivität .....	8
Nachgefragt: Sind Fahrverbote für Diesel-Autos ökonomisch sinnvoll? .....	9
ZEW intern .....	10
Daten und Fakten .....	11
Standpunkt .....	12

# Soziale Teilhabe von Langzeitarbeitslosen in Deutschland verbessert sich

Das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ hat zu Verbesserungen der sozialen Teilhabe bei den teilnehmenden Langzeitarbeitslosen in Deutschland geführt. Das Programm wird überwiegend von älteren Personen in Anspruch genommen, die vor ihrer Teilnahme daran im Schnitt bereits neun Jahre staatliche Leistungen bezogen haben. Zu diesen Ergebnissen kommt der zweite Zwischenbericht zur Evaluation des Bundesprogramms, der von einem Forschungskonsortium unter Beteiligung des ZEW im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) erstellt wurde.

Das Programm startete im Jahr 2015 und läuft bis zum Ende des Jahres 2018. Bis Juli 2017 nahmen rund 15.000 Personen in etwa der Hälfte aller Jobcenter bundesweit daran teil. Ziel des Programms ist es, die soziale Teilhabe arbeitsmarktfremder Personen, die seit mindestens vier Jahren Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II beziehen und die entweder gesundheitlich eingeschränkt sind oder mit minderjährigen Kindern in einer Bedarfsgemeinschaft leben (oder beides), zu verbessern und den Übergang in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Die ZEW-Wissenschaftler/innen evaluierten in dem Zwischenbericht kurzfristige Wirkungen des Programms auf Basis von Geschäftsdaten der Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie Befragungsdaten von Teilnehmenden und Kontrollpersonen.

Die Resultate geben erstmals Aufschluss über sozio-demografische Merkmale der geförderten Personen sowie über ihre Erwerbshistorie: Im Durchschnitt sind die Teilnehmenden, die zwischen November 2015 und Juli 2016 durch das Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ eine geförderte Beschäftigung aufgenommen haben, 48,5 Jahre alt und haben vor Programmbeginn im Mittel neun Jahre Leistungen nach dem SGB (ALG II) erhalten. Bei etwa einem Viertel der Teilnehmenden lebt

mindestens ein minderjähriges Kind im Haushalt. Im Laufe ihres Erwerbslebens waren die Geförderten bis zum Eintritt in das Programm im Durchschnitt 6,1 Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

## Sinnstiftende und verantwortungsvolle Aufgaben wirken sich positiv auf soziale Teilhabe aus

Die ZEW-Wissenschaftler/innen berichten auch über kurzfristige Wirkungen des Programms, die aufbauend auf Befragungsdaten von Teilnehmenden und dazu passenden Kontrollpersonen abgeschätzt werden konnten. Über deutliche Verbesserungen berichteten die Teilnehmenden im Vergleich zu Kontrollpersonen mit Blick auf ihre Lebenszufriedenheit, den Konsum, das berufliche soziale Umfeld und die gesellschaftliche Anerkennung. Insbesondere die Tatsache, einen gesicherten Arbeitsvertrag zu haben und über die daran geknüpften Rechte zu verfügen, wie Einkommen, Urlaubsanspruch und Rentenversicherung, sowie die vergleichsweise lange Laufzeit des Programms werden von den Teilnehmenden als besonders positiv empfunden. Hingegen führt das Programm bisher nicht zu einem größeren Vertrauen in Behörden.

Durch das Programm hat sich bei vielen Teilnehmenden kurzfristig die soziale Teilhabe signifikant verbessert. Grund dafür scheint neben dem zusätzlichen Einkommen und der langen Vertragslaufzeit auch zu sein, dass die Geförderten oftmals aus ihrer Sicht wieder sinnstiftende und verantwortungsvolle Aufgaben übernehmen können.

Das Gutachten findet sich zum Download unter:

[http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Evaluation Soziale Teilhabe 2018.pdf](http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Evaluation%20Soziale%20Teilhabe2018.pdf)

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, [friedhelm.pfeiffer@zew.de](mailto:friedhelm.pfeiffer@zew.de)

Durch staatliche Maßnahmen zu sozialer Teilhabe soll die Situation arbeitsmarktfremder Menschen in Deutschland verbessert und damit der Übergang in den Arbeitsmarkt erleichtert werden.



## Schwerpunkt M&A-REPORT

# Deutscher M&A-Index fällt weiter

Die Zahl der Fusionen und Übernahmen (Mergers & Acquisitions, M&A) mit deutscher Beteiligung ist weiterhin rückläufig, wenn auch nicht so stark wie im vergangenen Jahr. Das erste Quartal 2017 war ungewöhnlich schwach, im zweiten Halbjahr stabilisierten sich die M&A-Aktivitäten auf moderatem Niveau. Dieser Verlauf spiegelt sich im ZEW-ZEPHYR M&A-Index wider, der halbjährlich erhoben wird. Obwohl der Monatswert für den

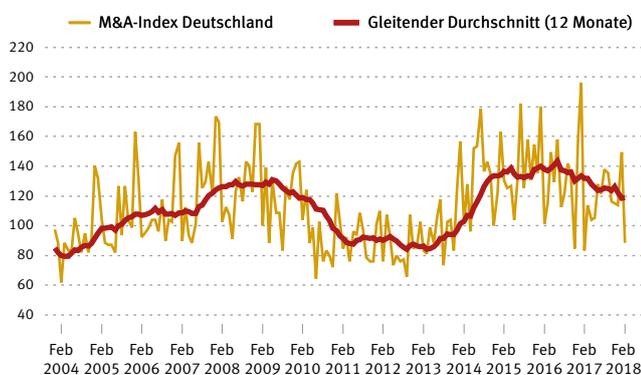
möchte mit der Übernahme im Markt für Straßenbaumaschinen mitspielen.

Viel Beachtung fand auch die Übernahme der Hamburg Süd-amerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, kurz Hamburg Süd, durch den dänischen Konkurrenten Maersk. Nach mehr als 50 Jahren veräußerte die Oetker-Gruppe Hamburg Süd für rund 3,7 Milliarden Euro. Mit dieser Übernahme setzt sich ein Konsolidierungstrend im Markt für Containerreedereien fort, in dem die fünf größten Reedereien nun 60 Prozent Marktanteil halten.

Schließlich übernahm die Bremer Kreditbank die Oldenburgische Landesbank für 300 Millionen Euro vom Versicherungsriesen Allianz. Mit dieser Veräußerung gibt die Allianz ihre Ambitionen auf, eine Art Allianzbank aufzubauen. Der Alleineigentümer der Bremer Kreditbank, der US-Finanzinvestor Apollo, vergrößert hingegen seine Präsenz in Deutschland. Generell leiden die Kreditinstitute im Norden der Bundesrepublik unter hohen Verlusten aus dem Schiffsgeschäft. So überrascht es nicht, dass gemutmaßt wird, dass Apollo auch die angeschlagene HSH Nordbank übernehmen könnte.

Niklas Dürr, niklas.duerr@zew.de

ZEW-ZEPHYR M&A-INDEX DEUTSCHLAND



Quelle: Zephyr-Datenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW

Januar 2017 mit 196 Punkten der höchste je gemessene Wert für einen einzelnen Monat war, befindet sich der Zwölfmonatsdurchschnitt seit Juni 2016 im Abwärtstrend und stand zuletzt bei 119 Punkten. Durch starke M&A-Aktivitäten im Januar 2018 (149 Index-Punkte) konnte diese Abwärtsentwicklung leicht aufgefangen werden.

Im Gegensatz zur Anzahl der Transaktionen hat sich das Transaktionsvolumen im vergangenen Halbjahr positiv entwickelt. Grund dafür waren vor allem drei Megadeals mit einem Transaktionsvolumen von jeweils mehr als einer Milliarde Euro. Die größte dieser Transaktionen war die Übernahme der mittelständischen Wirtgen Group, Spezialist für Maschinen im Straßenbau, durch die US-amerikanische Deere & Company mit einem geschätzten Übernahmevermögen von 4,3 Milliarden Euro. Deere

Der **ZEW-ZEPHYR M&A-Index Deutschland** berechnet sich aus der Anzahl der in Deutschland monatlich abgeschlossenen M&A-Transaktionen. In diesem Index werden ausschließlich Fusionen und Übernahmen von und mit deutschen Unternehmen berücksichtigt. Eine Differenzierung nach dem Ursprungsland des Käufers oder Partners findet nicht statt. Das bedeutet, dass sowohl inländische als auch ausländische Käuferunternehmen berücksichtigt werden, während die Zielunternehmen in Deutschland tätig sind. Der ZEW-ZEPHYR M&A-Index Deutschland wird vom ZEW und von Bureau van Dijk auf Basis der Zephyr-Datenbank erstellt. Zephyr liefert tagesaktuelle Detailinformationen zu 1,7 Millionen M&A, IPO und Private-Equity-Transaktionen sowie Gerüchten weltweit.

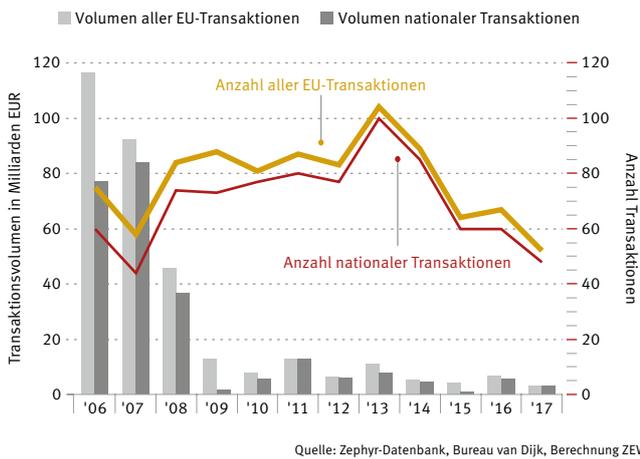


**BUREAU VAN DIJK**  
A Moody's Analytics Company

# Kaum M&A-Aktivität im EU-Bankensektor

Seit 2009 stagniert die M&A-Aktivität im europäischen Bankensektor weit unter dem Vorkrisenniveau. Während in den Jahren 2006 und 2007 noch Fusionen und Übernahmen im Gesamtwert von 116 Milliarden Euro sowie 91 Milliarden Euro angestoßen wurden, brach das Transaktionsvolumen nach der Lehman-Krise inzwischen auf einen Wert von drei Milliarden Euro im Jahr 2017 ein. Der Großteil der Transaktionen findet dabei auf nationaler Ebene statt. Diese sind oftmals Zusammenschlüsse zwischen kleineren, regionalen Banken. Im Gegensatz dazu sind länderübergreifende Transaktionen innerhalb der EU fast vollständig zum Erliegen gekommen; der Anteil im Jahr 2007 fiel von knapp 25 Prozent auf jährlich unter zehn Prozent seit 2010.

M&A-AKTIVITÄTEN IN EUROPAS BANKENSEKTOR



Eine Folge der geringen Fusions- und Übernahmeaktivität ist die weiterhin starke Fragmentierung des europäischen Bankensektors entlang der Ländergrenzen: Selbst Großbanken konzentrieren sich in ihrer Geschäftstätigkeit oft auf den Heimatmarkt und sind nur eingeschränkt in anderen Ländern der EU tätig.

Neben Effizienzverlusten wirkt sich dies negativ auf das Funktionieren des Binnenmarkts aus, da Kapitalflüsse zwischen verschiedenen EU-Ländern und die Streuung makroökonomischer Risiken deutlich beeinträchtigt werden. Daher ermuntern Regulierer europäische Banken verstärkt zu länderübergreifenden M&A – offensichtlich bisher ohne großen Erfolg.

## Regulatorische Hürden behindern M&A-Aktivitäten

Ein Hindernis für länderübergreifende M&A ist die unvollständige Harmonisierung der regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen in der EU. Zwar sind die Bankenunion und die Einführung eines einheitlichen Regelwerks („Single Rulebook“) ein wichtiger Schritt zur Vereinfachung des transnationalen Bankgeschäfts sowie zur Schaffung eines einheitlichen Bankenmarkts. Regulatorische und aufsichtsrechtliche Unterschiede zwischen EU-Ländern bestehen allerdings weiterhin. Auch sorgen Unklarheiten in der Auslegung neuer EU-Regeln zur Abwicklung multinationaler Banken, das Fehlen einer europaweiten Einlagensicherung und Rechtsunterschiede im Insolvenzrecht für Vorsicht bei der Bewertung möglicher Übernahmemöglichkeiten.

Derzeit befinden sich viele Banken zudem in der Restrukturierung oder fokussieren sich angesichts neuer Herausforderungen wie der Digitalisierung auf die Entwicklung organischer Wachstumsstrategien und die Vermeidung komplexer Geschäftsmodelle. Auch sind länderübergreifende M&A mit hohen Kosten verbunden, während die zu erzielenden Synergien nicht immer übermäßig sind. Nicht zuletzt dürften sprachliche und kulturelle Barrieren, wenn auch zu geringerem Maße, eine Rolle spielen.

Alles in allem ist es zweifelhaft, ob es in naher Zukunft zu einer Belebung des M&A-Geschäfts im EU-Bankensektor kommen wird. Daran dürfte auch die Einführung der Bankenunion und die geringe Profitabilität des Sektors so schnell nichts ändern.

Lea Steinrücke, lea.steinruecke@zew.de  
Lydia Wachtel, lydia.wachtel@zew.de

# China kauft zunehmend deutsches Knowhow

China beginnt sich mehr und mehr für deutsche Technologien zu interessieren. Seit gut zwei Jahren kaufen chinesische Investoren deutsche Unternehmen mit entsprechendem Knowhow. Vor allem kleine bis mittelgroße Technologiefirmen, sogenannte „Hidden Champions“, sind für chinesische Investoren attraktiv. So zog die Übernahme des Roboterherstellers KUKA mit 3,7 Milliarden Euro im Januar 2017 besonders hohe mediale Aufmerksamkeit auf sich. Weiterhin stieg die Anzahl der abgeschlossenen Übernahmen aus China im Jahr 2016 auf 21 und im Jahr 2017 auf 20 – im Vergleich zum Jahr 2009 ist dies eine Verzehnfachung chinesischer Übernahmen.

Im Jahr 2017 lag China noch auf Platz neun der Länder, die in deutsche Firmen investierten. Ganz vorne waren die USA, Schweiz und Frankreich mit jeweils 83, 41 und 40 Übernahmen. In diese Spitzengruppe könnte China mittelfristig hineinstoßen.

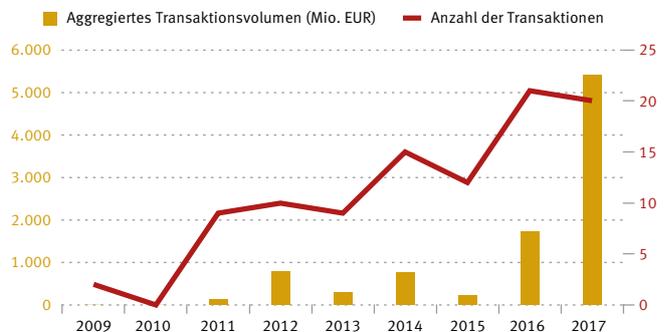
Auch das Übernahmevervolumen stieg in den vergangenen zwei Jahren an und erreichte mit rund fünf Milliarden Euro im Jahr 2017 einen Rekordwert. Während China zwar nur für etwa fünf Prozent bei der Anzahl aller Übernahmen deutscher Firmen von ausländischen Investoren im Jahr 2017 verantwortlich war, ver-



zeichnete das Reich der Mitte beim Übernahmevermögen knapp 21 Prozent. Weitere wichtige chinesische Firmenkäufe betrafen im Jahr 2017 allesamt die Technologiebranche und unterstreichen das sich wandelnde chinesische Selbstbild hin zu einer Wirtschaft, die Wertschöpfung durch Innovationen erreicht. Dazu gehören auch die Übernahme der Sparte für Fahrzeugbediensysteme der ZF Friedrichshafen, des Beleuchtungsherstellers Ledvance GmbH, des Montageanlagenbauers preh IMA sowie des Reinigungstechnikherstellers Dürr Ecoclean. Dieser Trend scheint sich fortzusetzen, denn alleine im Januar und Februar 2018 wurden drei deutsche Automobilzulieferer an Investoren in China verkauft. Die Übernahmerüchte um den Bekleidungskonzern C&A zeigen zudem, dass weitere Branchen für chinesische Investoren interessant sind.

Niklas Dürr, niklas.duerr@zew.de

#### ANZAHL UND VOLUMEN DER M&A-TRANSAKTIONEN CHINA IN DEUTSCHLAND



Quelle: Zephyr-Datenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW

## Regelung gegen Steuervermeidung verringert Investitionen nach M&A

Grenzüberschreitende Fusionen und Übernahmen sind eine bedeutsame Form von ausländischen Direktinvestitionen („Foreign Direct Investment“, FDI). So wurden im Jahr 2016 etwa 52 Prozent der globalen FDIs über grenzüberschreitende M&As getätigt. Wenn ein in einem Hochsteuerland ansässiges Unternehmen Teil eines multinationalen Konzerns durch die Übernahme wird, besteht die Möglichkeit, dass dieses Unternehmen seine Gewinne nach dem Erwerb an angegliederte Gesellschaften in Niedrigsteuerländern innerhalb des Konzerns verlagert. So kann das Unternehmen seine Kapitalkosten senken. Staaten versuchen jedoch, Gewinnverlagerung durch Steuervermeidungsvorschriften zu verhindern, unter anderem durch die Hinzurechnungsbesteuerung („Controlled Foreign Corporation“ (CFC)-Regeln). CFC-Regeln führen zu einer sofortigen Besteuerung der Gewinne von Tochtergesellschaften in Niedrigsteuerländern am

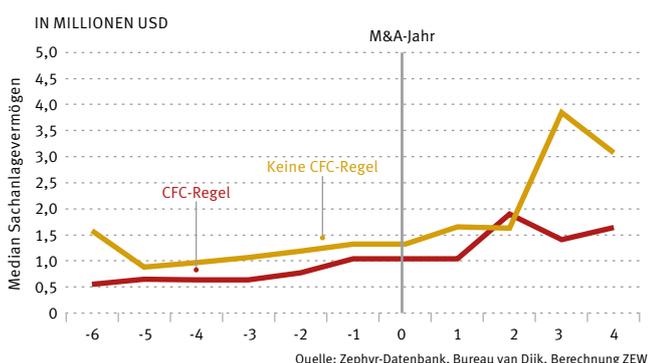
Hauptsitz des multinationalen Konzerns. Folglich werden Gewinnverlagerungsmöglichkeiten eines multinationalen Konzerns in einem Staat mit wirksamen CFC-Regeln erheblich reduziert.

Eine ZEW-Studie untersucht die Entwicklung der Investitionen in Sachanlagevermögen („reale Investitionen“), des Finanzergebnisses und des Gewinns ehemals nationaler Gesellschaften, nachdem diese Teil eines multinationalen Konzerns durch Akquisition geworden sind. Die Studie unterscheidet zwischen multinationalen Konzernen mit und ohne CFC-Regeln in ihren Sitzstaaten. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die realen Investitionen von aufgekauften Unternehmen in Hochsteuerländern, die von Konzernen mit Sitz in Staaten ohne CFC-Regeln übernommen wurden, nach der Übernahme steigen. Bei Unternehmen in Niedrigsteuerländern tritt dieser Effekt nicht auf.

Die Studie vergleicht den Effekt von Akquisitionen auf reale Investitionen bei dem niedrigsten und höchsten Körperschaftsteuersatz im Datensatz (12,5 Prozent und 38,9 Prozent). Bei Unternehmen in Niedrigsteuerländern stellen die Forscher einen Rückgang der realen Investitionen um 48 Prozent nach der Akquisition fest, während sie bei Unternehmen in Hochsteuerländern einen Anstieg der realen Investitionen um 33 Prozent nach der Akquisition verzeichneten. Dieser Effekt ist allerdings nur bei Konzernen in Staaten ohne CFC-Regeln nachweisbar. Daher unterscheiden sich reale Investitionsentscheidungen in aufgekauften Unternehmen bei grenzüberschreitenden Akquisitionen in Abhängigkeit davon, ob CFC-Regeln in dem Staat gelten, in dem der Käufer seinen Stammsitz hat.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp17062.pdf>

#### ENTWICKLUNG DER INVESTITIONEN IN SACHANLAGEVERMÖGEN VOR UND NACH DER AKQUISITION IN HOCH- UND NIEDRIGSTEUERLÄNDERN



Quelle: Zephyr-Datenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW

Dominik von Hagen, vonhagen@bwl.uni-mannheim.de  
Christoph Harendt, christoph.harendt@zew.de



# Nach der Italienwahl: Das Ende der Naivität

Die jüngste Parlamentswahl in Italien mit dem Sieg der Populisten ist ein Schock für Europa, der sich als Glücksfall erweisen könnte. Inmitten einer ambitionierten Euro-Reformdiskussion über neue Budgets, Stabilisierungs- und Finanzierungsinstrumente ist das italienische Wahlergebnis ein Weckruf. Die Botschaft lautet: Die Eurozone benötigt Regeln und Institutionen, die auch dann noch funktionieren, wenn ein Mitgliedstaat seine Kooperation einstellt und auf eine verantwortungslose Politik einschwenkt.

Im Vordergrund der Euro-Reformüberlegungen stand bislang die Sorge, dass die Eurozone von außen durch asymmetrische Schocks getroffen werden könnte. Ein beliebtes Brüsseler Beispiel ist ein chaotisch verlaufender Brexit, der den unmittelbaren Nachbarn Irland in die Rezession stoßen könnte. Für solche Fälle sollen neue Abwehr-Instrumente konstruiert werden. Ein neues „Eurozonen-Budget“ und ein „Europäischer Währungsfonds“ sollen Transfers und Kredite an Länder leisten, die schuldlos in eine Rezession geraten. Und eine europäische Einlagensicherung soll nationale Bankensysteme gegen die Schockwellen einer nationalen Staatsschuldenkrise absichern.

All diese Ideen mögen unter der Annahme sinnvoll sein, dass die Staaten der Eurozone durch verantwortungsvolle Regierungen gelenkt werden, die nicht selber einen asymmetrischen Schock provozieren. Das italienische Wahlergebnis lässt diese Annahme zweifelhaft erscheinen. Das Wahlprogramm des Wahlsiegers Fünf-Sterne-Bewegung muss mit seinen geplanten Mehrausgaben angesichts der bereits gefährlich hohen Schulden als Programm zur vorsätzlichen Herbeiführung einer italienischen Staatspleite bewertet werden. Wird es auch nur ansatzweise umgesetzt, dann wird das Vertrauen von Investoren in die ökonomische Perspektive des Landes erschüttert. Italien könnte dadurch einen asymmetrischen Schock erleiden, der allerdings gänzlich anders gelagert wäre als der mögliche Brexit-Schock für Irland, weil Politiker/innen und Wähler/innen des eigenen Landes diesen Schock selbst verursacht hätten.

Man stelle sich nun vor, die Eurozone wäre in dieser Lage bereits mit einem Eurozonen-Budget, einem Europäischen Währungsfonds oder einer europäischen Einlagensicherung ausgestattet. All diese Instrumente würden aktiviert, um eine neue italienische Rezession zu verhindern oder abzumildern. Europas Sparer/innen würden über die europäische Einlagensicherung

die italienischen Banken retten, europäische Steuerzahler/innen über das Eurozonen-Budget Transfers an den italienischen Staat leisten und der Europäische Währungsfonds würde mit europäischen Garantien frische Kredite an ein Land geben, dem die Kapitalmärkte aus gutem Grund nicht mehr über den Weg trauen.

Befürworter der neuen Euro-Institutionen würden argumentieren, dass diese Instrumente nicht zum Einsatz kommen, wenn eine Krise eindeutig selbstverschuldet ist. Ein solcher Ausschluss ist indes nicht glaubwürdig. Italien ist „too big to fail“. Europa müsste einen Finanzkollaps dieser Volkswirtschaft um nahezu jeden Preis abwenden. War die Eurozone im Jahr 2010 bei deutlich kleineren Krisenländern schon gezwungen, ihre No-Bailout-Klausel außer Kraft zu setzen, so müsste der Währungsraum bei einem drohenden Italien-Kollaps erst recht sein ganzes Arsenal an neuen Instrumenten einzusetzen, egal wer für die neue Krise die Verantwortung trägt.

## Die Währungsunion braucht eine Insolvenzordnung

Die Botschaft aus Italien lautet: Der Euro-Ordnungsrahmen muss ausreichend robust gestaltet werden, um auch bei nicht-kooperativen Regierungen zu funktionieren. Neue Instrumente müssen so konstruiert werden, dass ihre Aktivierung für unverantwortlich agierende Länder glaubwürdig ausgeschlossen ist. Nur so lässt sich die Eurozone gegen Erpressungsversuche immunisieren. Vorrang müssen Arbeiten an einer Insolvenzordnung für die Staaten der Währungsunion haben. Erst mit einer Insolvenzordnung wäre es zu verantworten, eine europäische Einlagensicherung mit gesamteuropäischem Risikoausgleich zu errichten. Zusätzlich benötigt Europa eine wirklich unabhängige und unpolitische Institution, die Auflagen und Regeln Glaubwürdigkeit verleiht. Die Europäische Kommission ist aufgrund ihrer Rolle als Moderatorin und politische Akteurin hierfür ungeeignet.

Die Euro-Reformdebatte war vor der Italien-Wahl durch einen fast naiven Glauben an den Respekt nationaler Regierungen für gemeinsame europäische Ziele und Regeln gekennzeichnet. Das Wahlergebnis wird nun hoffentlich diese Naivität beseitigen. Dann hätte es doch etwas Gutes.

*Dieser Beitrag ist zuerst in längerer Version in der Süddeutschen Zeitung am 19. März 2018 erschienen.*

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, [friedrich.heinemann@zew.de](mailto:friedrich.heinemann@zew.de)

Nachgefragt: Sind Fahrverbote für Diesel-Autos ökonomisch sinnvoll?

## „Verkehrsbedingte Luftverschmutzung lässt sich durch eine City-Maut effizient lösen“

Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts können Städte in Deutschland grundsätzlich Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge verhängen, um den EU-weiten Grenzwertnormen für Stickstoffdioxid gerecht zu werden. Derzeit wird über die Einführung lokaler Fahrverbote in mehreren Städten diskutiert, darunter Stuttgart, München, Hamburg und Düsseldorf. Auf betroffene Diesel-Pkw-Besitzer/innen kommen zudem möglicherweise Umrüstung und Softwareupdates zu. ZEW-Umweltökonom Martin Kesternich schildert, welche Maßnahmen aus ökonomischer Sicht sinnvoll wären, um Belastungen wie verschmutzte Luft und Staus zu senken und CO<sub>2</sub>-Vermeidung im Verkehrssektor kosteneffizient umzusetzen.

### Sind die Diesel-Fahrverbote ein effektives Mittel, um die Luftverschmutzung in deutschen Städten einzudämmen?

Fahrverbote in deutschen Städten erzielen vermutlich eine gewisse lokale Umweltwirkung. Die gesellschaftlichen Kosten wären bei Fahrverboten allerdings unverhältnismäßig hoch und zudem ungerecht verteilt. Alle Dieselfahrer/innen – und nur diese – würden durch das Fahrverbot bestraft, denn es würden beispielsweise keine Anreize für weniger Fahrten von Benzinern geschaffen.

### Welche Alternativen gibt es, um die Anzahl an Autos in den Innenstädten zu verringern und so die Luftqualität in den Städten insgesamt zu verbessern?

Das Problem verkehrsbedingter Luftverschmutzung in Innenstädten lässt sich mit einer City-Maut effizient lösen. Der Mautbetrag sollte dabei – unabhängig von der eingesetzten Kraftstoffart beziehungsweise der Technologie – streng nach dem Schadstoffausstoß gestaffelt werden. Fahrzeuge mit niedrigeren Schadstoffklassen zahlen höhere Mauttarife. Das bedeutet auch, je voller die Straßen und je belasteter die Luft, desto höher die Maut. Der entscheidende Punkt aber ist: Mit der City-Maut haben die betroffenen Menschen eine Wahl. Sie können selbst entscheiden, ob ihnen die Fahrt ins Stadtzentrum mit dem eigenen Pkw so viel wert ist oder ob sie nach Alternativen suchen. Mit Fahrverboten dagegen nehmen die Städte den Betroffenen die Wahl ab und schaffen Tatsachen.

### Apropos Alternative: Wie ist der Vorschlag eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs zu bewerten?

Die aktuelle politische Diskussion zwischen der Bundesebene und den etwaigen Modellstädten für einen Gratis-ÖPNV, darunter auch Mannheim, deutet schon darauf hin, dass die notwendigen infrastrukturellen Investitionen als nicht unbedeutend eingestuft werden. Gleichzeitig fallen die Ticketeinnahmen weg, zum Beispiel sind das für Mannheim derzeit etwa 80 Millionen Euro jährlich. Darüber hinaus ist möglicherweise mit ungewollten Substitutionseffekten zu rechnen, wie das Beispiel Tallinn in Estland zeigt, wo schon seit dem Jahr 2013 der Nahverkehr

kostenlos angeboten wird. Dort sind es vor allem Personen, die schon vorher mit Bus und Bahn oder aber als Fahrradfahrer/innen und Fußgänger/innen in der Stadt unterwegs waren, die den kostenlosen ÖPNV verstärkt nutzen. Eine solche Verhaltensänderung möchte man ja genau nicht erzielen. Insgesamt muss man allerdings sagen, dass es nur wenig empirisch belastbare, langfristige Erfahrungen mit solchen Maßnahmen gibt. Hier besteht aus unserer Sicht noch Forschungsbedarf.

### Welche volkswirtschaftlichen Konsequenzen haben mögliche Diesel-Fahrverbote?

Hier ist zunächst einmal der Wertverlust der Diesel-Fahrzeuge zu nennen. Das würde auch für solche Diesel gelten, die kaum oder gar nicht auf innerstädtischen Straßen bewegt werden. Hinzu kommen die Kosten für mögliche Nachrüstverpflichtungen. Dem steht natürlich eine gewisse lokale Umweltwirkung gegenüber. Aber diese ist – wie beschrieben – teuer erkaufte. Neben den lokalen Luftschadstoffen sollte auch der Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) im Verkehrssektor betrachtet werden. Dabei gilt allerdings, dass es für die Klimawirkung keine Rolle spielt, in welchem Sektor CO<sub>2</sub> vermieden wird. Aus ökonomischer Sicht sollten Globalschadstoffe daher dort eingespart werden, wo dies zu geringsten Kosten möglich ist. Bedingt durch die bereits vorhandenen Energiesteuern auf Mineralöl ist CO<sub>2</sub>-Vermeidung im Verkehrsbereich relativ teuer. Die Politik darf hier nicht zu eng denken. Eine kosteneffiziente Klimapolitik sollte zusätzliche CO<sub>2</sub>-Vermeidung in den weiteren Sektoren des EU-Emissionshandels realisieren oder den Verkehrssektor in diese Sektoren integrieren.

“



Foto: ZEW

### Dr. Martin Kesternich

ist stellvertretender Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“. Seine Forschungsinteressen umfassen experimentelle und empirische Ansätze im Bereich der Umwelt- und Verhaltensökonomik. So untersuchte er beispielsweise, wie die Kosten für CO<sub>2</sub>-Einsparung im Fernbusverkehr zwischen Kunden/-innen und Anbieter verteilt sein sollten, damit das Angebot, die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf kostenpflichtig auszugleichen, möglichst häufig wahrgenommen wird. Er war Gastwissenschaftler an der Yale School of Forestry & Environmental Studies. Bei der UN-Klimakonferenz 2017 in Bonn organisierte er eine Panel-Diskussion zum Energiesparverhalten von privaten Haushalten.

[martin.kesternich@zew.de](mailto:martin.kesternich@zew.de)

## Wettbewerb und Innovationen im Fokus der MaCCI-Jahreskonferenz

Bereits zum siebten Mal hat das ZEW gemeinsam mit der Universität Mannheim die Jahreskonferenz des Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI) veranstaltet. Zahlreiche Experten/-innen aus Wissenschaft und Praxis diskutierten dabei Forschungsfragen zu Wettbewerb und Innovation aus ökonomischer sowie juristischer Perspektive. Höhepunkte der Konferenz waren die Vorträge von Prof. Fiona M. Scott Morton, Ph.D. (Yale University) und Prof. Dr. Daniel Zimmer (Universität Bonn). Fiona M. Scott Morton stellte ihre Forschungsarbeiten zu den Ursachen gesteigener Unternehmensgewinne vor, wobei sie insbesondere auf den Einfluss der Wettbewerbspolitik einging. Daniel Zimmer sprach zum Thema Algorithmen und erörterte mögliche Anpassungen im Wettbewerbs- und Regulierungsrecht. In parallelen Sessions wurden aktuelle wirtschafts- und rechtswissenschaftliche Forschungsbeiträge von einem der jeweiligen Autoren/-innen vorgestellt und von einer Person aus Forschung oder Praxis besprochen. Besonderes Interesse weckten dabei die Sitzungen zu derzeit in der Fachwelt intensiv diskutierten Themen wie zweiseitige Märkte, Nachfragemacht und vertikale Wettbewerbsbeschränkungen. Über das jüngste Intel-Urteil des Europäischen Gerichtshofes sprach in einer Session Prof. Massimo Motta, Ph.D. (Barce-



Prof. Fiona M. Scott Morton, Ph.D. bei ihrem Vortrag am ZEW zu den Ursachen gesteigener Unternehmensgewinne.

lona Graduate School of Economics). Der Einfluss des fortschreitenden digitalen Wandels auf die rechtlichen Rahmenbedingungen im Bereich Wettbewerb und Regulierung wurde im gleichen Vortragsformat ebenfalls ausführlich debattiert.

## Zwölf Promotionen im Jahr 2017 erfolgreich am ZEW abgeschlossen

Im Jahr 2017 wurden erneut zahlreiche Promotionen am ZEW erfolgreich abgeschlossen. Das ZEW gratuliert allen Postdocs und dankt den Betreuerinnen und Betreuern der Arbeiten, besonders den Erstgutachtern/-innen. Die Promotion abgeschlossen haben: Melissa Berger an der Ruhr-Universität Bochum, Francesco Berlingieri an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Rainer Bräutigam an der Universität Mannheim, Maria Theresia Evers an

der Universität Mannheim, Martin Hud an der Universität Maastricht, Paul Hünermund an der KU Leuven, André Nolte an der Universität Mannheim, Olena Pfeiffer an der Universität Mannheim, Jenny Pirschel an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Jesper Riedler an der Justus-Liebig-Universität Gießen, Martin Ungerer an der Universität zu Köln und Arne Jonas Warnke an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

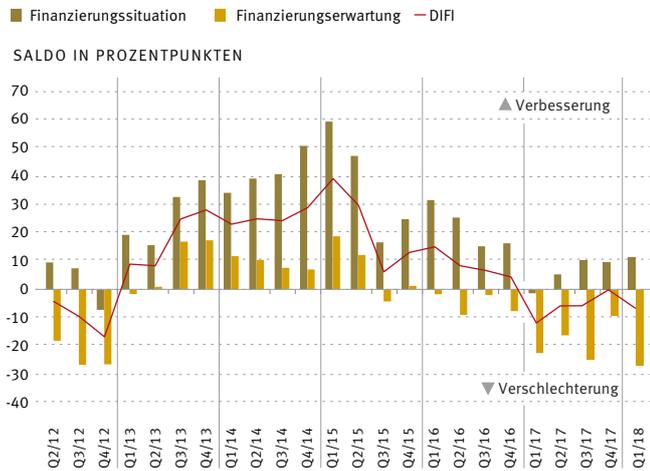
## Jugendarmut in Europa – IWF-Expertinnen stellen Gegenmaßnahmen am ZEW vor

Tingyuen Chen und Irene Yackovlev vom Internationalen Währungsfond (IWF) haben das IWF-Forschungspapier „Inequality and Poverty across Generations in the European Union“ am ZEW vorgestellt. In ihrem Vortrag betonten die IWF-Ökonominen die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit und die langfristigen Folgen eines unzureichenden Sozialschutzes für Jugendliche in Europa. Der IWF schlägt politische Lösungen zur Reduktion von Ungleichheit und Armut zwischen den Generationen in Europa vor, basierend auf den drei Säulen Arbeitsmarkt, Sozialschutz- und Steuersysteme. So rät der IWF verstärkt zu Investitionen in Bildung und Ausbildung, um jungen Menschen zu helfen, Qualifikationslücken zu schließen. Im Bereich der sozialen Säule wird angeregt, Sozialausgaben anzupassen, insbesondere im Bereich der Arbeitslosen- und Rentenleistungen. Ein progressiver ausgerichtetes Steuersystem und Vermögenssteuern bilden die dritte Säule. Diese könnten laut IWF dabei helfen, dringend benötigte Sozialprogramme für jüngere Bürger/innen zu finanzieren.



IWF-Ökonomin Irene Yackovlev bei ihrem Vortrag am ZEW zu sozialen und ökonomischen Konsequenzen von Ungleichheit und Armut für Europa.

## Für Immobilienfinanzierungen trüben sich die Erwartungen ein

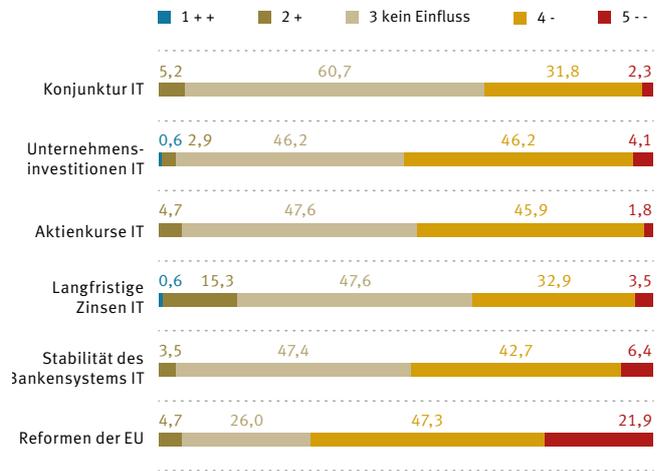


Quelle: ZEW

Der Deutsche Immobilienfinanzierungsindex (DIFI) von ZEW und JLL verzeichnet trotz guter Finanzierungslage im ersten Quartal 2018 einen Rückgang um 7,9 Punkte auf minus 7,8 Punkte. Grund für den Rückgang ist die Verschlechterung der Geschäftserwartungen für gewerbliche Immobilienfinanzierungen. Hingegen ist die Stimmungslage außer bei Finanzierungen von Einzelhandelsobjekten unverändert positiv. Die Ursachen für den Erwartungsrückgang sehen die Experten/-innen von ZEW und JLL vor allem im anhaltend intensiven Wettbewerbsdruck unter den Finanzierern sowie einer gestiegenen Unsicherheit bei der zukünftigen Nachfrage nach Immobilienfinanzierungen. Eine besonders pessimistische Einschätzung äußern die Befragten derzeit für die Entwicklung bei Einzelhandelsfinanzierungen. Trotz optimistischer Branchenprognosen für das Jahr 2018 belasten sinkende Flächenumsätze und eine geringere Zahl neu abgeschlossener Mietverträge die Nachfrage nach Finanzierungen.

Dr. Oliver Lerbs, oliver.lerbs@zew.de

## Ausgang der Wahl in Italien stellt Belastungsprobe für Europa dar



Quelle: ZEW

Nach dem Wahlsieg populistischer und eurokritischer Parteien in Italien erwarten die ZEW-Finanzmarktexperten/-innen keine oder negative Impulse für das Land und den europäischen Reformprozess. Für die Konjunkturentwicklung befürchten 34,1 Prozent der Befragten negative oder sehr negative Effekte, der Großteil (60,7 Prozent) erwartet keinen Effekt auf die sich zuletzt langsam erholende italienische Wirtschaft. 50,3 Prozent der Experten/-innen geht jedoch davon aus, dass sich der Wahlausgang negativ oder sehr negativ auf die Unternehmensinvestitionen auswirken wird. Unveränderte Effekte prognostizieren 47,8 Prozent für die Aktienkurse. Immerhin 36,4 Prozent rechnen mit einem negativen oder sehr negativen Einfluss auf die langfristigen Zinsen. Zusätzlich befürchten 49,1 Prozent der Befragten, dass der Bankensektor erneuten Stabilitätsrisiken ausgesetzt sein wird. Eine deutliche Mehrheit (69,2 Prozent) der Experten/-innen sieht zudem den europäischen Reformprozess in Gefahr.

Lea Steinrücke, lea.steinruecke@zew.de



## Experten diskutieren Energiewirtschaft

Das ZEW und das Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI) veranstalten gemeinsam am 14. und 15. Mai 2018 die siebte Mannheim Energy Conference. Internationale Wissenschaftler/innen aus dem Bereich Energiewirtschaft diskutieren bei dieser Veranstaltung grundlegende Fragen der Energiewirtschaft, politische Implikationen der aktuellen Forschung sowie neue Fragen und Problemstellungen, die sich aus der Energiemarktregulierung und anderen energiepolitischen Maßnahmen ergeben. Weitere Informationen unter: [www.zew.de/VA2465](http://www.zew.de/VA2465)

## Bundesbankpräsident spricht am ZEW

Die Kommunikation einer Notenbank ist heute ein wichtiges Element der Geldpolitik und selbst geldpolitisches Instrument: Feinste Nuancen können beträchtliche Auswirkungen auf Finanzmärkte und somit auf private Ersparnisse haben. Dr. Jens Weidmann, Präsident der Deutschen Bundesbank, wird am 2. Mai 2018 in der Veranstaltungsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ am ZEW zum Thema „Notenbankkommunikation als geldpolitisches Instrument“ sprechen. Die Teilnahme ist auf Einladung möglich. Weitere Informationen unter: [www.zew.de/VA2498](http://www.zew.de/VA2498)



Foto: ZEW

## Bessere Gesundheitsversorgung durch mehr Wettbewerb

Das Gesundheitssystem in Deutschland ist durchschnittlich. So urteilt die OECD in ihrem neuesten Gesundheitsbericht. Das liegt nicht an zu geringen Ausgaben – sowohl in dieser

Hinsicht als auch mit Blick auf die Anzahl der Ärzte sowie Betten pro Einwohner liegt Deutschland über dem Durchschnitt der OECD-Länder. Aber bei der Qualität hapert es – die Sterberate nach Herzinfarkten oder geburts-traumatische Verletzungen sind in Deutschland höher als im Durchschnitt.

Auch wenn internationale Vergleiche wegen der unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen mit Vorsicht zu genießen sind – als Indikator für eine unzureichende Effektivität im Gesundheitswesen mögen sie dennoch dienen. Wenn dann die Beobachtung hinzukommt, dass das deutsche Gesundheitswesen bei der Digitalisierung im europäischen Vergleich hinterherläuft, dann wird klar, dass Jens Spahn, der neue Gesundheitsminister, eine fulminante Aufgabe vor sich hat. Es wundert schon, warum die Qualität der Gesundheitsversorgung in Deutschland – das bei Gesundheitstechnologie und -forschung Spitzenleistung erbringt und dessen Ärzte international gefragt sind – krankt. So ein Problem ist nie monokausal zu erklären, aber ein wesentlicher Faktor ist der hierzulande unzureichend funktionierende Wettbewerb zwischen den Krankenversicherungen. Da den Versicherungen eine immer wichtigere Aufgabe bei der Gestaltung der Versorgung zukommt, wirkt sich dieser Wettbewerbsmangel auf die Qualität aus.

Der beschränkte Wettbewerb wird beim Blick auf die privaten Krankenversicherungen (PKV) offensichtlich. Dadurch, dass ein PKV-Versicherter in jungen Jahren Prämien anspart und diese später nur teilweise bei einem Versicherungswechsel mitnehmen kann, ist ein Versicherungswechsel im Alter so gut wie ausgeschlossen. Damit fehlt ein wesentlicher Anreiz für die PKV, sich für die Versicherten einzusetzen, da diese bei Missfallen nicht einfach den Anbieter wechseln können. Konkrete Vorschläge, dieses Defizit zu beheben, liegen vor, wie beispielsweise die Möglichkeit zur Mitnahme von risikobasierten Rückstellungen. Neue Anbieter am Versicherungsmarkt könnten dann mit besserem Service gezielt auch die älteren Versicherten abwerben.

Im gesetzlichen Krankenversicherungssystem scheint es, als ob der Wettbewerb kein Problem wäre. Zumindest können Versicherte jedes Jahr den Krankenversicherer wechseln. Allerdings manifestiert sich dieser Wettbewerb primär in einem Prämienwettbewerb und nicht im Wettbewerb um das beste Angebot. Ursache hierfür ist unter anderem, dass auch die gesetzlichen Krankenversicherer (GKV) keinen geldwerten Vorteil sehen, wenn sie ihren Versicherten einen besseren Service anbieten. Angenommen, ein neuer App-basierter Service erlaubt den Versicherten eine bessere Kontrolle ihrer Gesundheitsdaten und würde mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zu einer Aufschiebung eines Herzinfarkts führen – das wäre eigentlich eine tolle Sache. Aus Sicht der GKV aber würden zum Zeitpunkt der App-Einführung Kosten anfallen, denen kaum finanzielle Vorteile in der Zukunft gegenüber stehen. Denn wenn die Person erst einmal den Herzinfarkt erlitten hat, erhöhen sich die Zuweisungen, die die Krankenversicherung aus dem Gesundheitsfonds erhält.

Das Problem der GKV ist schwer in den Griff zu bekommen, da ein Finanzierungssystem mit einkommensabhängigen Beiträgen einen Risikostrukturausgleich zwischen den Krankenkassen zwingend macht. Aber es würde schon helfen, wenn diese Problematik den Entscheidungsträgern bewusster wäre und wenn die Instrumente, um dagegen vorzugehen, auch erprobt würden. Denkbar wäre etwa, die Zuweisungen an die Krankenversicherer an deren Erfolge bei der Verbesserung der Gesundheit ihrer Versicherten zu knüpfen, wie die Monopolkommission empfiehlt. Flankierend sollten die Kassen mehr Möglichkeiten erhalten, im Wettbewerb neue Versorgungsangebote zu erproben.

Mit mehr als zehn Prozent des Bruttoinlandprodukts ist der Gesundheitsmarkt einer der relevantesten Märkte in Deutschland. Umso wichtiger ist es, das brachliegende Potenzial in diesem Markt zu heben. Herr Spahn – übernehmen Sie?

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

**ZEW news** – erscheint zehnmal jährlich · **Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

**Redaktion:** Gunter Grittmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [gunter.grittmann@zew.de](mailto:gunter.grittmann@zew.de)  
Felix Kretz · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [felix.kretz@zew.de](mailto:felix.kretz@zew.de)  
Sabine Elbert · Telefon 0621/1235-133 · Telefax 0621/1235-255 · E-Mail [sabine.elbert@zew.de](mailto:sabine.elbert@zew.de)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars  
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2018 · Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft